

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neuzeitende) werden ersucht, ihre Bestellungen auf das nächste Vierteljahr baldigst bei den betreffenden Postämtern aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Versendung stattfindet. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 7 M. 50 Pf.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sucht ein treues Bild der Zeitgeschichte zu liefern und den täglich in reicher Fülle zufließenden Stoff ihren Lesern in möglichst ausführlicher und doch in geachteter Auswahl darzubieten. Sie nimmt in dieser Beziehung eine Mittelstellung zwischen den noch umfangreicheren Zeitungen und den Provinzial- oder Localblättern ein, und glaubt damit den Wünschen eines großen Theils der Zeitungsleser nachzukommen.

Die politische Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nach wie vor dieselbe sein: sie ist ein entschieden freisinniges, nach allen Seiten unabhängiges Blatt, das seine Ueberzeugung offen und rückhaltlos vertheidigt, aber auch den Gegnern Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint nachmittags 4 Uhr, resp. (mit telegraphischen Börsenberichten) 5 1/2 Uhr. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten versandt.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, welche zu diesem Zwecke von den weitesten Kreisen und namentlich von den größern industriellen Instituten regelmäßig benutzt wird, die allgemeinste und zweckmäßigste Verbreitung; die Inserationsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Zeile unter „Ankündigungen“ 20 Pf., einer dreimal gespaltenen unter „Eingelaut“ 30 Pf.

## Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 17. Juni.** Der Bundesrath hat das Eisenbahngütertarifgesetz mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Verfassungsausschuß wurde mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob in gewissen Bestimmungen des Gesetzes eine Verfassungsänderung enthalten sei. (S. Deutsches Reich.)

**München, 17. Juni.** Der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Lindner ist gestern in Erdorf gestorben.

**Wien, 17. Juni abends.** Der Politischen Correspondenz zufolge entbehren die Meldungen verschiedener Blätter über angebliche militärische Vorbereitungen zur Besetzung Novibazars jeder Begründung. Im Kriegsministerium finden keine diebezüglichen Beratungen statt; auch von angeblichen eifrigen Arbeiten im budapester Materialdepot ist nichts bekannt. — Aus Belgrad vom 17. Juni wird derselben Correspondenz gemeldet: „Der serbisch-bulgarische Grenzstreit ist noch nicht ausgeglichen. Fürst Milan hat zur Schlichtung des Grenzstreites bei Kula den Oberstleutnant Sturic entsendet. Die serbische Regierung besteht auf der alten, von dem russischen Generalstabchef Kogebue während der Krimkriege und durch den Patriarchen vom Jahre 1833 bestätigten Grenze, während jetzt für Bulgarien angeblich ein beträchtliches Stück des serbischen Districts Zajcar gefordert wird. Der Minister Ristić erklärt die Nachricht, Serbien hätte den Wunsch, den mit der Pforte abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag auch auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt zu sehen, für absolut erfunden.“

**Wien, 17. Juni.** Die Nachrichten über eine bevorstehende Besetzung Novibazars werden von bestunterrichteter Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

**Wien, 17. Juni abends.** Die Krankheit des Grafen Andrássy war, wie die Politische Correspondenz bestätigt, eine Lungenentzündung; der Graf befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung. Gestern Nachmittag erschienen der Kaiser und die Kaiserin unangefangt bei dem Grafen Andrássy und verweilten fast eine halbe Stunde bei demselben. Der Minister wird voraussichtlich nicht vor acht Tagen das Zimmer verlassen können.

**Baden (Schweiz), 17. Juni.** Soeben wurden in der neuen Curanstalt Baden die Raticationsurkunden des Sanct-Gothardvertrages von 1878 zwischen Deutschland (vertreten durch General v. Rüdler), Italien (vertreten durch Senator Melegari) und der Schweiz (vertreten durch Bundesrath Welli) ausgewechselt.

**Bern, 17. Juni.** Der von schweizerischen und italienischen Delegirten verhandelte Vertrag über die Subventionirung der Bahnlinie Montecenero ist gestern Abend abgeschlossen worden. (Wiederholt.)

**Bern, 16. Juni.** Die Tabakzollerhöhung wurde nach dem Commissionsantrage angenommen. Dagegen wurde Dringlichkeitserklärung und Tarifinfrastretzung auf 1. Juli mit 67 gegen 48 abgelehnt. Morgen Fortsetzung der Zollerhöhungsbekanntmachung. (Schwäb. M.)

**Bern, 17. Juni.** Der Bundesrath erklärte, zur Abklärung der Zolldebatte auf Zollerhöhung auf Petroleum, Kaffee, Thee und Gewürzen nicht bestehen zu wollen, worauf der Nationalrath solche fallen ließ. (Schwäb. M.)

**Paris, 17. Juni.** Nachrichten aus Algier zufolge hat die von Batra aufgetragene Colonne gestern 600 Insurgenten durch Artillerie aus ihren Stellungen verdrängt; die Truppen werden letztere sofort besetzen und dann den Marsch nach Medina fortsetzen. (Wiederholt.)

**Brüssel, 17. Juni.** Senat: Heute wurde die Verathung des Gesetzesentwurfs über den Volksschulunterricht eröffnet. Zunächst ergriff der Präsident des Senats, Fürst v. Ligne, das Wort, um sich gegen die Vorlage auszusprechen.

**Congress am Donnerstag** vormittags 10 Uhr zusammenzutreten werde.

**Paris, 17. Juni.** Nachrichten aus Algier zufolge hat die von Batra aufgetragene Colonne gestern 600 Insurgenten durch Artillerie aus ihren Stellungen verdrängt; die Truppen werden letztere sofort besetzen und dann den Marsch nach Medina fortsetzen. (Wiederholt.)

**Brüssel, 17. Juni.** Senat: Heute wurde die Verathung des Gesetzesentwurfs über den Volksschulunterricht eröffnet. Zunächst ergriff der Präsident des Senats, Fürst v. Ligne, das Wort, um sich gegen die Vorlage auszusprechen.

## Die Wahlbewegung in Oesterreich.

**Wien, 16. Juni.** Die Wahlbewegung für den Reichsrath hat ihren Höhepunkt erreicht, und doch ist kein voller, großer Zug darin zu erkennen. Nach den Wahrnehmungen, die man bisher zu machen Gelegenheit hatte, überwiegt trotz aller politischen Programme das persönliche Interesse vor allen übrigen. In den Wahlversammlungen ist es immer die Hauptsache, ob der Candidat den Wählern zu Gesicht steht oder nicht. Durch die constitutionelle Aebung haben die Wahlkreise bereits ihre bestimmte Farbe erlangt. Es gibt feststehende Normen, wonach gewisse Wahlkreise deutsch und liberal, andere klerikal, andere wieder czechisch, andere slowenisch wählen, und nur höchst selten kann es einer Partei gelingen, der Gegenpartei einen Wahlkreis zu entwenden. Im großen und allgemeinen haben die Deutschen und Liberalen ihre Stütze in den Städten, die Klerikalen ihre Basis in den Landgemeinden, in welchen sie, leider muß dies gesagt werden, von Wahlgemeinde zu Wahlgemeinde kleine, aber immerhin doch bemerkenswerthe Fortschritte machen.

Die wichtigste Frage, die während der gegenwärtigen Wahlbewegung aufgeworfen wurde, war die, ob die Czechen, den Boden passiver Abstimmung aufgebend, diesmal ihren Deputirten das Mandat ertheilen wer-

**Paris, 17. Juni.** Nachrichten aus Algier zufolge hat die von Batra aufgetragene Colonne gestern 600 Insurgenten durch Artillerie aus ihren Stellungen verdrängt; die Truppen werden letztere sofort besetzen und dann den Marsch nach Medina fortsetzen. (Wiederholt.)

**Brüssel, 17. Juni.** Senat: Heute wurde die Verathung des Gesetzesentwurfs über den Volksschulunterricht eröffnet. Zunächst ergriff der Präsident des Senats, Fürst v. Ligne, das Wort, um sich gegen die Vorlage auszusprechen.

**Wien, 17. Juni.** Die Nachrichten über eine bevorstehende Besetzung Novibazars werden von bestunterrichteter Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

**Wien, 17. Juni abends.** Die Krankheit des Grafen Andrássy war, wie die Politische Correspondenz bestätigt, eine Lungenentzündung; der Graf befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung. Gestern Nachmittag erschienen der Kaiser und die Kaiserin unangefangt bei dem Grafen Andrássy und verweilten fast eine halbe Stunde bei demselben. Der Minister wird voraussichtlich nicht vor acht Tagen das Zimmer verlassen können.

**Baden (Schweiz), 17. Juni.** Soeben wurden in der neuen Curanstalt Baden die Raticationsurkunden des Sanct-Gothardvertrages von 1878 zwischen Deutschland (vertreten durch General v. Rüdler), Italien (vertreten durch Senator Melegari) und der Schweiz (vertreten durch Bundesrath Welli) ausgewechselt.

**Bern, 17. Juni.** Der von schweizerischen und italienischen Delegirten verhandelte Vertrag über die Subventionirung der Bahnlinie Montecenero ist gestern Abend abgeschlossen worden. (Wiederholt.)

**Bern, 16. Juni.** Die Tabakzollerhöhung wurde nach dem Commissionsantrage angenommen. Dagegen wurde Dringlichkeitserklärung und Tarifinfrastretzung auf 1. Juli mit 67 gegen 48 abgelehnt. Morgen Fortsetzung der Zollerhöhungsbekanntmachung. (Schwäb. M.)

**Bern, 17. Juni.** Der Bundesrath erklärte, zur Abklärung der Zolldebatte auf Zollerhöhung auf Petroleum, Kaffee, Thee und Gewürzen nicht bestehen zu wollen, worauf der Nationalrath solche fallen ließ. (Schwäb. M.)

**Paris, 17. Juni.** Nachrichten aus Algier zufolge hat die von Batra aufgetragene Colonne gestern 600 Insurgenten durch Artillerie aus ihren Stellungen verdrängt; die Truppen werden letztere sofort besetzen und dann den Marsch nach Medina fortsetzen. (Wiederholt.)

**Brüssel, 17. Juni.** Senat: Heute wurde die Verathung des Gesetzesentwurfs über den Volksschulunterricht eröffnet. Zunächst ergriff der Präsident des Senats, Fürst v. Ligne, das Wort, um sich gegen die Vorlage auszusprechen.

**Wien, 17. Juni.** Die Nachrichten über eine bevorstehende Besetzung Novibazars werden von bestunterrichteter Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

**Wien, 17. Juni abends.** Die Krankheit des Grafen Andrássy war, wie die Politische Correspondenz bestätigt, eine Lungenentzündung; der Graf befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung. Gestern Nachmittag erschienen der Kaiser und die Kaiserin unangefangt bei dem Grafen Andrássy und verweilten fast eine halbe Stunde bei demselben. Der Minister wird voraussichtlich nicht vor acht Tagen das Zimmer verlassen können.

**Baden (Schweiz), 17. Juni.** Soeben wurden in der neuen Curanstalt Baden die Raticationsurkunden des Sanct-Gothardvertrages von 1878 zwischen Deutschland (vertreten durch General v. Rüdler), Italien (vertreten durch Senator Melegari) und der Schweiz (vertreten durch Bundesrath Welli) ausgewechselt.

**Bern, 17. Juni.** Der von schweizerischen und italienischen Delegirten verhandelte Vertrag über die Subventionirung der Bahnlinie Montecenero ist gestern Abend abgeschlossen worden. (Wiederholt.)

**Bern, 16. Juni.** Die Tabakzollerhöhung wurde nach dem Commissionsantrage angenommen. Dagegen wurde Dringlichkeitserklärung und Tarifinfrastretzung auf 1. Juli mit 67 gegen 48 abgelehnt. Morgen Fortsetzung der Zollerhöhungsbekanntmachung. (Schwäb. M.)

**Bern, 17. Juni.** Der Bundesrath erklärte, zur Abklärung der Zolldebatte auf Zollerhöhung auf Petroleum, Kaffee, Thee und Gewürzen nicht bestehen zu wollen, worauf der Nationalrath solche fallen ließ. (Schwäb. M.)

## Karl Rosenkranz †.

**Leipzig, 18. Juni.** Von Königsberg kommt die Trauerkunde, daß dort am 14. Juni der Professor Dr. Johann Karl Friedrich Rosenkranz gestorben ist. In ihm ist einer der wenigen noch lebenden Schüler Hegel's dahingegangen, einer der hervorragendsten, die es überhaupt gegeben.

Rosenkranz war geboren am 23. April 1805 zu Magdeburg; er erhielt seine erste Bildung auf der dortigen Gelehrtenschule, studirte seit 1824 zu Berlin, Halle und Heidelberg, habilitirte sich in Halle 1828 und wurde 1831 außerordentlicher Professor daselbst. Im Jahre 1833 folgte er einem Rufe als ordentlicher Professor der Philosophie nach Königsberg; 1848 wurde er zum vortragenden Rath im Ministerium des Cultus ernannt; als solcher arbeitete er unter den Ministerien Auerwald, Pfuel und Brandenburg, wurde aber im Juni 1849 auf sein Ersuchen wieder in seine Professur eingesetzt. In demselben Jahre ward er von Memel und Lissa als Abgeordneter in die I. Kammer gewählt. Doch blieb er darin nur kurze Zeit und legte bald freiwillig sein Mandat nieder.

In seinem akademischen Lehramte zu Königsberg war er bis in die neueste Zeit thätig. Im Februar des verfloffenen Jahres feierte er sein fünfzigjähriges Doctorjubiläum.

Seine wissenschaftlichen Werke enthalten eine Anwendung der Hegel'schen Ideen auf die verschiedensten Wissenszweige. Auf literarhistorischem, kritischem und ästhetischem Gebiet bewegten sich die Schriften: „Ge-

sichte der deutschen Poesie im Mittelalter“ (1830), „Handbuch einer allgemeinen Geschichte der Poesie“ (1832-33), „Zur Geschichte der deutschen Literatur“ (1836), „Goethe und seine Werke“ (1847), „Ästhetik des Pöblichen“ (1853), „Die Poesie und ihre Geschichte“ (1855), endlich die vortreffliche Monographie: „Diderot's Leben und Werke“ (1866).

Der Theologie gehören an: „Die Naturreligion“ (1831), „Encyclopädie der theologischen Wissenschaften“ (1831), „Kritik der Schleiermacher'schen Glaubenslehre“ (1836) und „Kritik der Strauß'schen Glaubenslehre“ (1845).

Auf das Ganze der Hegel'schen Philosophie beziehen sich die „Kritischen Erläuterungen des Hegel'schen Systems“ (1840), die „Studien“ (1839-44), dann die (gegen Schelling's neueste Phase gerichteten) „Vorlesungen über Schelling“ (1842) sowie das „Sendeschreiben an Leroy über Schelling und Hegel“ (1842).

Sodann bearbeitete er die „Pädagogik als System“ (1848), desgleichen die „Wissenschaft der logischen Idee“ (1859). Ein „System der Wissenschaft“ (1850) sollte als allgemeine Grundlage für seine philosophischen Vorlesungen dienen. Auch über Hegel's „Naturphilosophie“ schrieb er und zur Säcularfeier Hegel's gab er ein Schriftchen heraus: „Hegel als deutscher Naturphilosoph“ (1870). Kurz, kaum eine Seite des Hegelianismus gibt es, um die sich Rosenkranz nicht verdient gemacht hätte. Bei den Gegensätzen und Kämpfen, die innerhalb der Schule nach des Meisters Tode zu Tage kamen, vertrat Rosenkranz eine gewisse gemäßigte Mitte, von beiden Extremen gleich weit entfernt; doch stand er der Linken um etwas näher als der Rechten.

Eine Anzahl literarischer und philosophischer Abhandlungen sammelte er noch in den „Neuen Studien“ (1875-77) und endlich veröffentlichte er Bruchstücke einer Selbstbiographie unter den Titeln „Aus meinem Tagebuche“ (1854) und „Von Magdeburg bis Königsberg“ (1873).

Die Universität Königsberg sagt in einem Nachrufe auf den Verstorbenen:

Gleich ausgezeichnet an Geist wie an Charakter, ist Rosenkranz mit der Geschichte unserer Universität und der geistigen Cultur dieser Provinz auf das engste verwachsen. Keinem Lehrer der Albertina seit den Tagen Kant's ist es vergönnt gewesen, seine Wirksamkeit über so weite Kreise auszudehnen und so tiefgreifend und nachhaltig die Begeisterung für die idealen Ziele des Lebens in dem Geiste seiner Schüler, Freunde und Mitbürger anzufachen.

Aus Königsberg vom 17. Juni wird telegraphisch gemeldet: „Heute Nachmittag hat hier das feierliche Leichenbegängniß des am Sonnabend verstorbenen Geheimraths Professor Dr. Karl Rosenkranz unter Beihelligung der Spitzen der Behörden der Stadt, sämtlicher Professoren der Universität und der gesammten Studentenschaft stattgefunden. Professor Dr. Friedländer hielt die Leichenrede.“

## Musikalisches aus Leipzig.

**Leipzig, 15. Juni.** Das gestern im Neuen Theater veranstaltete Concert hatte in mehrfacher Beziehung einen außergewöhnlichen, festlichen Charakter. In demselben verabschiedete sich Kapellmeister Sucher, der in Hamburg einen neuen Wirkungskreis finden wird, nach dreijähriger Thätigkeit vom hiesigen Publi-

den, daß sie thatsächlich in den Reichsrath eintreten. Die Frage schien bis vor kurzem ganz günstig zu stehen. Die Czechen schienen durch den Drang der Verhältnisse sehr verführlich gestimmt und die Deutschen unterließen es nicht, ihnen auf halbem Wege entgegenzukommen. Seit einigen Tagen hat sich jedoch die Situation wesentlich geändert. Die Czechen kehren wieder ihre alten Maximen: ihr Staatsrecht und ihre Sonderstellung hervor und legen damit selbst den schon angebahnten Ausgleichsverfuchen unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Gleichwol muß man die Hoffnung, daß die Czechen denn doch in den Reichsrath kommen werden, nicht aufgeben. Im letzten Augenblicke werden sich die Verhältnisse stärker erweisen als die persönlichen Neigungen der Führer, und sind sie einmal erst im Reichsrathe, dann wird die Erfahrung, die sie dort machen werden, die Erfahrung des Vortheils dieser Stellung für jene Interessen der czechischen Nation, die durch die Passivitätspolitik nichts weniger als gefördert worden sind, sie auch darin erhalten.

Sollte das Unerwartete geschehen und der czechische Stamm nach wie vor dem Reichsrathe fern bleiben, dann wird die Physiognomie des Abgeordnetenhauses derjenigen des früheren ziemlich ähnlich sehen. Höchstens, daß vielleicht die Fortschrittspartei einige Stimmen gewinnt, aber bestenfalls werden es nur einige sein. Im ganzen und großen ist eine betrübende Decadenz in dem Auftreten neuer politischer Männer wahrzunehmen. Alle unsere politischen Koryphäen stammen noch aus dem Jahre 1848, die spätern Generationen haben uns wenig hervorragende Männer gebracht. Unser parlamentarisches Ansehen basirt immer noch auf Herbst, Glaser, Kuranda, Kaiserfeld, durchweg Männer, die schon vor 20 Jahren unsern Stolz bildeten. Von den Neulingen des Parlaments hat sich höchstens Professor Susek und der junge Plener über die andern erhoben. Man braucht nur die Namen der Persönlichkeiten zu überblicken, die sich in Wien, in der Hauptstadt des Reiches, um ein Mandat bewerben, um zu sehen, wie mittelmäßig es mit dem politischen Nachwuchs bestellt ist. Wer kennt diese Herren außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle, wer kennt sie auch nur außerhalb der Umfriedung des engen Wahlbezirkes?

Was nach alledem noch in der Wahlbewegung Erfreuliches ist, läßt sich in wenigen Worten zusammendrängen und besteht darin, daß in der ganzen Bewegung keinerlei Elemente der socialen Unordnung auftauchen, und daß die Regierung mit anerkenntnswerther Objectivität der Bewegung ihren Lauf läßt, ohne die geringste Einmischung zu üben, ohne den mindesten Versuch, die Wähler in der oder jener Richtung zu beeinflussen.

### Vom Deutschen Reichstage.

**Berlin, 17. Juni.** Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr mit geschäftlichen Eingängen und macht Mittheilung von sechs wiederum eingegangenen Urlaubsgesuchen, welche, der Praxis des Hauses entsprechend, bewilligt werden. Jedoch bemerkt Abg. Berger:

Wenn ich auch gegen die erbetenen Urlaubsgesuche keinen Einspruch erhebe, glaube ich doch, daß es angezeigt sein dürfte, den zahlreichen Urlaubsgesuchen der letzten Zeit gegenüber eine strengere Praxis einzutreten zu lassen, da wir

in bedeutender Gefahr schweben, unser Haus beschlußunfähig zu setzen. Gestern bei der namentlichen Abstimmung über den Zoll auf Gerberlöse zeigte sich, daß nur 226 Mitglieder anwesend waren, 60 fehlten, welche entschuldigt waren, aber 106 fehlten ohne jede Entschuldigung, das sind mehr als ein Viertel unserer ganzen Mitgliederzahl. Es dürfte Sie interessieren, zu erfahren, wie sich diese Anzahl auf die verschiedenen Fractionen vertheilt. Es sind 40 vom Centrum, der „beschränkten Partei“, 21 von den beiden liberalen und 18 von den beiden conservativen Parteien, von den Polen fehlten 11, von den Socialdemokraten 5, von den sogenannten Wilden nicht weniger als 13 Mitglieder. Dieses Verhalten kann ich nicht umhin als rücksichtslos zu bezeichnen, rücksichtslos gegen das Haus, rücksichtslos gegen die Wähler und rücksichtslos gegen die Kollegen, welche meist fleißig in den Commissionen arbeiten. Wenn wir das wichtige Werk des Zolltariffs wirklich in vier Wochen wenigstens fertig stellen wollen, dann ist es notwendig, daß alle Abgeordneten gewissenhaft an ihrem Platze sind. Ich möchte darum bitten, daß nicht nur der Urlaub nicht mehr so vielfach nachgesucht wird, sondern daß vor allem niemand ohne triftigste Gründe die Sitzung versäumt. (Beifall.)

#### Abg. Richter-Hagen:

Ich will die ohne Entschuldigung fehlenden Mitglieder formell nicht entschuldigen, möchte aber doch nicht, daß die Worte des Hrn. Abg. Berger ins Land gehen und einen gar zu ungünstigen Eindruck bezüglich der Reichstagsabgeordneten machen. Woran liegt es denn, daß bei der Wichtigkeit unserer Arbeiten die Sitzungen dennoch so schwach besetzt sind? Berheilen wir uns doch den wahren Grund nicht. Daran liegt es, daß in einer so weit vorgeschrittenen parlamentarischen Saison die Vorlagen erst so spät an uns gelangt sind, nicht rechtzeitig. Daran, daß es zu den Gewohnheiten des Reichstages gehört, bis zum Februar in Berlin oder Friedrichstraße zu bleiben, wodurch die Geschäfte verzögert werden. Da liegt die Quelle des Uebels. So können die Geschäfte des Reiches unendlich weiter gefördert werden. Seit 1862 ist es keinem Parlament hier zugemuthet worden, bis spät in den Juli hinein zu tagen und das jetzt, wo wir seit dem Monat November zu angestrengter parlamentarischer Thätigkeit versammelt sind, wenn ich den preussischen Landtag ins Auge fasse. Das geht auch an die Adresse der verbündeten Regierungen, ich höre nämlich, daß jetzt noch eine Vorlage über das Eisenbahnwesen an uns gelangen soll, die wichtiger ist als alle bisherigen Vorlagen zusammengekommen. Wir wollen ja die Vorlagen, die uns bereits zugegangen sind, erledigen, wenn aber jetzt neue Vorlagen an uns gelangen, dann trifft die Schuld, daß das Haus so spät besetzt ist, doch nicht die Abgeordneten allein.

#### Abg. Windthorst-Meppen:

Ich habe die Aufgabe nicht, die Regierung zu vertheidigen, sie wird das ja wol auch selbst thun; ich wollte jetzt nur dem Kollegen Berger meinen Dank aussprechen, daß er diese Angelegenheit einmal zur Sprache gebracht hat. Ich theile voll und ganz die Empfindungen, denen er Ausdruck gegeben hat; auch ich glaube, daß bei so eminenten Verhandlungen, bei denen das Lebensinteresse des ganzen Volkes, jedes einzelnen Wählers in Frage steht, kein Mann im Saale fehlen sollte; außer durch schwere Krankheit oder durch dringende Familienverhältnisse entschuldigt. Es ist gut, daß diese Unterlage gemommen ist; das wird gewiß dem Herrn Präsidenten Veranlassung geben, jeden andern Urlaub zu verweigern, und uns, ebenso zu verfahren. Sollte aber diese Mahnung nicht den genügenden Erfolg haben, dann behalte ich mir einen Antrag vor, in jeder Sitzung die Liste derer festzustellen und zu publiciren, die ohne Entschuldigung fehlen.

#### Abg. Frhr. Nordck zur Rabenau:

Die Abgeordneten waren allerdings berechtigt zu der Erwartung, hier nicht bis mitten in den Sommer hinein sitzen zu müssen. Die Verhältnisse, wegen derer viele fehlen, mögen ja sein wie sie wollen, ich kann mich aber dem Verdicht nicht anschließen, das über die Abwesenden gefällt ist. Jedemfalls glaube ich, wenn wir hier über den 15. Juli hinaus sitzen sollen, dann mögen Sie machen, was Sie wollen, den Reichstag werden Sie dann nicht mehr beschlußfähig zusammenhalten.

#### Abg. v. Kardorff:

Ich muß meinem verehrten Freunde Nordck zur Rabenau gegenüber doch bemerken, daß ich das Verfahren der Mitglieder, die hier ohne Urlaub fehlen und dadurch immer den Reichstag in die Gefahr der Beschlußunfähigkeit versetzen, ganz unverantwortlich der gegenwärtigen Situation gegenüber erachte und daß ich den Versuch des Hrn. Richter, den Herrn Reichskanzler für diese Rücksichtslosigkeit unserer Kollegen verantwortlich zu machen, für sehr verfehlt halte. Ich bedauere gewiß so lebhaft wie irgendeiner, daß ich mitten im Sommer hier sein muß. Ich habe zu Hause ebenso viel zu thun wie vielleicht jeder der andern Herren; aber daß wir es ruhig mit ansehen sollen, wie ein großer Theil der Mitglieder sich nicht einmal die Mühe nimmt, Urlaub zu nehmen, sondern ohne weiteres fortbleibt, dazu haben wir, glaube ich, keine Ursache, sondern im Gegentheil das Recht, uns über diese Rücksichtslosigkeit auf das bitterste zu beschweren. (Beifall.)

#### Abg. Berger:

Meine Kritik richtete sich nicht gegen die Mitglieder, die wegen Krankheit etc. fehlen, sondern gegen die große Zahl derer, welche ohne Urlaub sich entfernt haben. Das ist — ich habe keinen andern Ausdruck — unverantwortlich und rücksichtslos.

#### Präsident v. Seydewitz:

Ich bin sehr dankbar für die gegebenen Anregungen und werde Bedacht nehmen, nach Möglichkeit mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Herren möglichst zahlreich an den Verhandlungen theilnehmen.

#### Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann:

Ich möchte bloß den Vorklären gegenüber, als ob durch Schuld der Regierungen die Vorlagen so spät an den Reichstag gelangen, constatiren, daß, wie den Herren allen bekannt ist, die Vorlagen mit der größten Beschleunigung bearbeitet sind und daß sie so schnell als möglich dem Reichstage übermittelte wurden. Dem Abg. Richter erwidere ich, daß durch die Abwesenheit des Herrn Reichskanzlers, sei er in Friedrichstraße oder in Berlin, noch keine Vorlage um länger als 24 Stunden verzögert worden ist. Der Geschäftsgang ist so geregelt, daß, gleichviel ob der Reichskanzler hier oder in Friedrichstraße ist, die Geschäfte mit derselben Regelmäßigkeit erledigt werden. Wenn man 24 Stunden für eine nennenswerthe Verzögerung hält, dann hat Dr. Richter recht; um eine längere Frist hat es sich niemals gehandelt. (Bravo! rechts.)

#### Abg. Richter-Hagen:

Es lag mir fern, den Bureaukräften oder die dem Reichskanzler untergeordneten Beamten verantwortlich zu machen; aber es wäre doch wunderbar, wenn das Fernbleiben eines Mannes, von dem so viel abhängt, nicht Einfluß haben sollte auf den Gang der hohen politischen Geschäfte. Wir merken ja allemal ganz deutlich, daß die Dinge erst recht in Fluß gerathen, wenn der Reichskanzler nach Berlin kommt.

#### Abg. v. Kleist-Megow:

Wir haben gar kein Recht, wie Hr. Richter thut, die Schuld für das gerägte Uebel auf die Reichsregierung als solche zu werfen. Zunächst haben wir im eigenen Hause unsere Schuldigkeit zu thun. Hr. Richter scheidet die Schuld basirt, daß wir erst im Februar unsere Sitzungen beginnen können, dem Reichskanzler zu. Aber bedenkt er denn nicht, daß vorher der preussische Landtag, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, arbeitet und zwar gerade auf den von dort ausgesprochenen Wunsch, die Versammlung des Reichstages nicht vor ihrer Zeit stattfinden zu lassen? In solcher doch-wichtigen Situation wie die jetzige muß jeder Abgeordnete mit sich ausmachen, wie er seinen Pflichten genüge. Hat er das Mandat angenommen, so muß er, ob immer es bedauerlich sei, seine eigenen Geschäfte preisgeben, um dem höhern öffentlichen Wohle zu dienen. (Beifall rechts.)

#### Abg. Richter-Hagen:

Ich habe nicht formell die Fehlenden entschuldigen, sondern bloß die Befestigung der Meinung verhindern wollen, als ob die Schuld lediglich am Reichstage läge. Wäre der Reichskanzler im Winter in Berlin wie Sr. Maj. der Kaiser, dann würden wir in diese Zwangslage nicht gekommen sein. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

zum. Nur ungern sieht Leipzig Hrn. Sucher scheiden, der nicht allein durch seine ausgezeichnete Begabung als Künstler ungetheilte Anerkennung, sondern auch als Mensch durch seinen liebenswürdigen, anspruchslosen, offenerherzigen Charakter in weiteren Kreisen Achtung und Zuneigung sich erworben hat. Seine Verdienste als Dirigent hat das Publikum selbst schon oft gewürdigt; er verstand es, ein lebhaft und unmittelbar empfindender Künstler, sein Empfinden auch auf andere zu übertragen, sie zu begeistern, den Aufführungen Seele einzubringen, ihnen Schwung im großen und ganzen zu geben. Eine That, auf die Sucher stolz sein kann, eine geniale Leistung, ist namentlich seine sozusagen musikalische Inszenirung des Wagner'schen „Nibelungenrings“ gewesen. Von seiner Befähigung als Componist hat Sucher wie schon früher so auch neuerdings wieder in dem in Rede stehenden Concert vollgültige Beweise gegeben. In seinem Verhältnisse zu dem ihm untergebenen Orchester hat er im Gegensatz zu so manchem Kapellmeister alten Schlages, der seine Würde nur in der Form despotischer Unnahbarkeit geltend machen zu müssen glaubte, ein wahrhaft collegialisches Wesen gezeigt. Er betheiligte dies auch bei dieser Gelegenheit wiederum dadurch, daß er, auf ein Benefizconcert verzichtend, die von ihm ins Werk gesetzte Aufführung den „nicht pensionberechtigten Mitgliedern des Theaterorchesters“ zugute kommen ließ. Diese letztern sowie das gesammte Orchester gaben ihrer Dankbarkeit und Anhänglichkeit sichtbaren Ausdruck durch Bekräftigung des Dirigentenpulses. Beim Erscheinen an demselben wurde Sucher von der ungewöhnlich zahlreichen Zuhörerschaft

mit lebhaftem Applaus begrüßt und ihm zugleich vom Concertmeister Röntgen ein Lorbeerkranz überreicht. Auch aus dem Zuschauertraume wurden ihm Bouquets gesendet.

Die erste Nummer des Programms war eine Hymne „Weihe der Kunst“, Dichtung von P. Ringg, für Männerchor und Orchester componirt von Sucher. Das Werk, ursprünglich für die Gedächtnisfeier eines kürzlich zu Wien verstorbenen Malers bestimmt und daselbst auch aufgeführt (vom Componisten beiläufig in zwei Nächten entworfen und vollendet), ist in ruhiger, würdevoller Stil gehalten, voll edel-plastischer, empfindungsgefälliger, eines idealen Zuges, wie ihn die äußere Veranlassung bebingte, nicht entbehrender Melodie. Schön ist der Gegensatz zwischen dem kühnen Helden der That und den still schaffenden Künstlern zur Darstellung gebracht, sehr wirksam die Schlusssteigerung. Die Hymne wurde vom Universitäts-gesangsverein Paulus, dessen Dirigent Dr. Langer sich selbst bei der Ausführung betheiligte, klugschön und weisevoll gesungen. Hierauf folgte eine zweite, schon früher einmal in einer Matinee im Theater zu Gehör gebrachte Composition Sucher's: „Das Waldfräulein“ (nach Hebel), für Soli, gemischten Chor und Orchester. Der Einfluß Wagner's macht sich zwar mitunter stark bemerkbar, doch spricht sich in dem Ganzen ein so reiches, ursprüngliches, frisch quellendes Empfindungsleben, eine so lebendige Phantasie aus, befundet daselbst eine so selbständige Gestaltungskraft, daß man die Ueberzeugung erhält, es hier wirklich mit urwüchsig-schöpferischer Begabung zu thun zu haben.

Von poetischer Anschaulichkeit, dabei auch eigen-

thümlich erfunden, ist besonders die Schilderung des Erwachens der Natur, des Waldlebens. Das Sopran-solo sang Frau Sucher-Hasselbed, welche bei ihrem Erscheinen vom Publikum mit stürmischem Applaus empfangen wurde, gleich vortrefflich wie schon bei einer frühern Gelegenheit. Hr. Vör stand ihr als Vertreter des Tenorsolos würdig zur Seite. Die Chorpartie wurde vom kleinen Chor des Riedel'schen Vereins stimmungsvoll und in schön durchgebildeter Gestaltung gesungen. Geradezu als ein festliches Ereigniß in unserm Musikleben kann die Aufführung der Neunten Symphonie gelten, welche den zweiten Theil des Concerts ausfüllte. Zum ersten mal kam dieses Werk hier in einer, was den Schlußsatz mit Chor betrifft, der Idee des Ganzen entsprechenden Ausführung zu Gehör. Die Idee der Neunten Symphonie erfordert es, daß der Schlußsatz als der Gipfelpunkt des Werkes erscheint, zu dem alles Vorangegangene hinstrebt. Es ist die Lösung des Räthfels, welche in den ersten drei Sätzen gesucht wird. Hat der Zuhörer von dem Schlußsatze nicht den bezeichneten Eindruck, so ist auch das rechte Verständnis des Werkes nicht gewonnen. Die genannte Forderung ist aber nur zu erfüllen durch eine imposante Besetzung des Chores. Eine solche ist aber in unserm Gewandhaussaale nicht möglich. Für die in Rede stehende Aufführung nun waren drei Vereine gewonnen worden: der Pauliner Verein, der Riedel'sche Verein und die Singakademie, welche zusammen eine Sängerschule von 350 Mitgliedern repräsentirten. Der für die Aufstellung des ganzen Complexes der Ausführenden, das Orchester mit inbegriffen, genügende Platz wurde durch Ueberbauung des Orchester-

Die E...  
betreffend...  
constituirt...  
lemer-Alst...  
Dr. Prän...  
Auf d...  
Berathung...  
Rechtsanw...  
Nachde...  
eingegan...  
hat, nimm...  
Abg. Cylo...  
Da ein...  
ich für den...  
mit seinen...  
sich bewegt...  
und Baiern...  
durch das...  
Mistralen...  
teresse, nie...  
Einem Wo...  
Nach dem...  
bezahlte...  
dern er er...  
widelt. U...  
eine Ausn...  
hier festge...  
Gegentheil...  
die, ohne...  
brigen Pr...  
nung Sorg...  
die sie so...  
wird erst...  
machen. I...  
nach kurzer...  
für jetzt a...  
Abg. ...  
Er will...  
und §. 35...  
Gesefenen...  
in verkehr...  
könne, we...  
schwieriger...  
war man...  
jedoch nich...  
ben für de...  
die Wirksa...  
eintreten...  
gang zu e...  
Comm...  
Kurlbaum...  
§§. 353...  
sicht für...  
Abg. ...  
in der ju...  
daß der...  
walte un...  
ein bezügl...  
genommen...  
Dne...  
nach dem...  
genomme...  
Hiera...  
über die...  
und des...  
die Rechu...  
1879 ohr...  
Demu...  
fortgesetzt...  
war. D...  
ausgelegte...  
sowie ab...  
raumes b...  
im Borde...  
Chorsäng...  
terrassenf...  
Der...  
günstigen...  
wältiger...  
sind selte...  
kommende...  
Zuhörer...  
phonie la...  
allgemein...  
Neunte...  
endung...  
Alle Mi...  
Verhältni...  
stättand...  
lichen W...  
sie alle...  
die herrl...  
schwierige...  
einzelne...  
treter der...  
(Dboe)...  
Die Lei...  
stimmthe...  
rung, n...  
Kraft un...  
und fort...  
Soli kan...  
Schreiber...  
welchem

Die Commission zur Vorberathung des Entwurfs betreffend die Waarenstatistik ist gewählt und hat sich constituirt: Abg. Stumm Vorsitzender, Frhr. v. Schorlemer-Kittl Stellvertreter, Dr. Frege Schriftführer, Dr. Bräuning Stellvertreter des Schriftführers.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verathung des Entwurfs einer Gebühreordnung für Rechtsanwälte.

Nachdem Abg. Raporte über die noch nachträglich eingegangenen Petitionen zu diesem Gesetze referirt hat, nimmt in der Generaldiscussion zuerst das Wort Abg. Eysoldt:

Da eine Nothlage unteufgar vorhanden ist, so werde ich für den Entwurf stimmen, ohne im übrigen durchweg mit seinen Bestimmungen einverstanden zu sein. Ramentlich bewegt mich eine Anzahl von Zuschriften aus Sachsen und Baiern, hier nochmals geltend zu machen, daß der durch das ganze Gesetz webende Geist von einem gewissen Mißtrauen zeugt, als ob die Anwälte nur ihr eigenes Interesse, nicht das des Publicums im Auge haben, mit Einem Worte, in ihren Sedit hineinportuliren würden.

Nach dem Entwurfe soll der Anwalt nicht dann etwa besser bezahlt werden, wenn die Sache sich länger hinzieht, sondern er erhält desto mehr, je kürzer der Proceß sich abwickelt. Ueberhaupt ist aber der ganze Entwurf auf einzelne Ausnahmefälle begründet. Man hält mit Unrecht den hier festgesetzten Tarif für höher als den früheren. Im Gegentheil werden diejenigen sehr zahlreichen Sachwalter, die ohne Reich zu sein, sich und die übrigen nach der bisherigen Praxis rechtlich ernährt haben, nach der neuen Ordnung Sorgen und Entbehrenungen entgegengeführt werden, die sie so lange nicht kannten.

Allen diesen Mißständen wird erst die völlige Freigebung der Advocatur ein Ende machen. Persönlich habe ich die Ueberzeugung, daß schon nach kurzer Zeit eine Revision des Gesetzes nöthig sein wird. Für jetzt aber bitte ich Sie um unveränderte Annahme.

Abg. Windthorst: Er wünsche eine Erklärung darüber, daß der §. 353 und §. 354 des Criminalgesetzes, welche von verbotenen Geschenken an Richter und Advocaten handeln, nicht etwa in verkehrter Weise gegen Advocaten Anwendung finden könne, welche eine Extragraticulation für die Führung schwieriger Proceße beanspruchen.

Im übrigen habe er zwar manche Bedenken gegen das Gesetz, verwarf sie jedoch nicht der Erkenntniß von der Nothwendigkeit desselben für den größten Theil des Deutschen Reiches, und da die Wirksamkeit der Gebühreordnung bereits am 1. Oct. eingetreten muß, so schlägt Redner vor, um den Geschäftsgang zu erleichtern, die Vorlage en bloc anzunehmen.

Commissar des Bundesrathes Geh. Oberjustizrath Kurlbaum II. erklärt die vom Vorredner betreffs der §§. 353 und 354 des Strafgesetzbuches geäußerte Ansicht für richtig.

Abg. Dr. Reichensperger-Krefeld kommt auf seine in der zweiten Lesung gemachten Ausführungen zurück, daß der sogenannte Honorarvertrag zwischen dem Anwalte und den Klienten unzulässig sein müsse. Da ein bezüglicher Antrag des Redners damals nicht angenommen ist, sei für ihn das Gesetz unannehmbar.

Ohne Specialdiscussion wird hierauf das Gesetz nach dem Antrage des Abg. Windthorst en bloc angenommen.

Hierauf wird in dritter Verathung das Gesetz über die Controle des Reichshaushaltes pro 1878/79 und des Landeshaushaltes von Elsaß-Lothringen für die Rechnungsperiode vom 1. Jan. 1878 bis 31. März 1879 ohne Debatte angenommen.

Demnachst wird die zweite Lesung des Zolltarifs fortgesetzt, welche gestern bis zu Pos. 13 gebiehen war. Diese Position setzt für seine Holzwaaren (mit ausgelegter oder Schnitzarbeit), seine Korbflechterwaaren sowie überhaupt alle unter d, e, f und h nicht be-

griffenen Waaren aus vegetabilischen oder animalischen Schnitzstoffen, mit Ausnahme von Schildpatt, Elfenbein, Perlmutter, Bernstein, Gagat und Jet; auch in Verbindung mit andern Materialien; Holzbronze für 100 Kilogramm einen Zoll von 30 M. an.

Pos. 13h: Für gepolsterte Möbel aller Art: 1) ohne Ueberzug 30 M.; 2) mit Ueberzug 40 M. für 100 Kilogramm.

Die Positionen werden nach der Regierungsvorlage angenommen.

Es folgt Pos. 14: Hopfen 100 Kilogramm brutto 20 M.

Abg. Lüders beantragt die Ueberweisung der Position an die Brausteuercommission, Abg. Permes, den Satz auf 10 M. zu ermäßigen.

Die Position wird mit 20 M. unverändert genehmigt.

Es folgt Pos. 15: Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge: 15a: Instrumente, ohne Rücksicht auf die Materialien, aus welchen sie gefertigt sind: 1) musikalische pro 100 Kilogramm 30 M.; 2) astronomische, chirurgische, optische, mathematische, Gemische (für Laboratorien), physikalische ... frei, wird ohne Debatte genehmigt.

15b: Maschinen: 1) Locomotiven, Locomobilen ... 100 Kilogramm 8 M.; 2) andere, und zwar je nachdem der überwiegende Bestandteil gebildet wird: a) aus Holz 100 Kilogramm 3 M.; b) aus Gusseisen 100 Kilogramm 3 M.; c) aus schmiedbarem Eisen 100 Kilogramm 5 M.; d) aus andern unedeln Metallen 100 Kilogramm 8 M.

Anmerkung zu b 1 und 2: Dampfmaschinen und Dampfessel zur Verwendung beim Schiffbau ... frei.

Abg. v. Wedell-Malchow vertheidigt seinen Antrag, aus 15b 1 die Locomobilen zu streichen und sie unter 15b 2 zu stellen, wo sie sich im bisherigen Tarif befinden. Danach würden sie 5 M. Zoll zu tragen haben, was gegen die jetzige Zollfreiheit einen gewiß genügenden Schutz bedente.

Die Abg. Sonnemann, Löwe-Berlin, Ridert und Genossen beantragen für b 1 einen Zollfuß von 4 M., für b 2 Sätze von 2, 3 und 4 M.; dagegen beantragt Abg. Richter-Hagen für Locomotiven und Locomobilen einen Zoll von 5 M.

Nach Ablehnung sämmtlicher Anträge wird die Regierungsvorlage ad b 1 angenommen. Zur Pos. b 2 befürwortet Abg. Sonnemann seinen obenmitgetheilten Antrag. Derselbe wird jedoch abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung der Sitzung angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Delbrück, die Münzgesetzgebung betreffend; Zolltarif und Wahlprüfungen. Außerdem theilt der Präsident mit, daß Abg. Sonnemann aus der Tarifcommission auszutreten wünscht (Hört!); es wird eine Ersatzwahl stattfinden.

Deutsches Reich.

Das bereits erwähnte Schreiben, welches Ihre Maj. die Kaiserin an den Großherzog von Sachsen-Weimar gerichtet hat, lautet:

Wenn ich mir des Vorrechts bewußt bin, als Schwester diese Zeilen an Dich zu richten, welche für Weimar bestimmt sind, so erkenne ich zunächst mit gerührtem Herzen, was ich dem Andenken unserer Väter und Großväter schulde, wie ihr erhabenes Beispiel und die Grundlage, die sie gelegt, mir in allen Beschäftigungen des Lebens hilfreich gewesen und wie treu ich meinem Vaterlande geliebt bin. Dann aber

muß ich es aussprechen, welche besondere Veranlassung ich habe, den fortbauenden Beziehungen zu unserm Heimlande vollste Dankbarkeit zu widmen, denn bei jeder sich darbietenden Gelegenheit spricht sich daselbst eine Theilnahme für mich aus, auf die ich den größten Werth lege und die mich insbesondere bei dieser ersten Feier tief berührt. Zahllose Beweise rührender Anhänglichkeit sind mir zu Theil geworden, und wenn ich es auch empfinde, wie wenig Worte ein Gefühl wie das meinige zu schildern vermögen, so liegt es mir doch am Herzen, ungesäumt durch Deine Vermittelung alleseitig herzlich zu danken. Gott segne mein Vaterhaus und meine Heimath.

Berlin, 14. Juni 1879. Augusta.

N.L.C. Berlin, 17. Juni. Auch heute ist die Tabaksteuercommission mit der allgemeinen Debatte über die Nachsteuer nicht zu Ende gebiehen. Das Hauptinteresse der dreistündigen Verhandlung nehmen naturgemäß die Erklärungen der Vertreter der Regierung in Anspruch. Finanzminister Hobrecht beobachtete eine höchst anerkennerwerthe Objectivität. Das Interesse des Fiscus stellte er keineswegs in die erste Linie; vielmehr stand ihm obenan die Frage, ob die Nachsteuer das Rechtsbewußtsein des Volkes wirklich in dem Maße schädige, wie es vielfach behauptet worden. Aber freilich war er der Ansicht, daß umgekehrt die Unterlassung der Nachsteuer als eine Ungerechtigkeit empfunden werden würde. Dieser Gedanke, nach welchem die Nachsteuer lediglich als ein Gebot der Gerechtigkeit erscheint, beherrschte die ganze Ausführung des Ministers und die Aufgabe des bevorstehenden Botums der Commission und des Reichstages schien er hauptsächlich darin zu finden, über Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Gedankens zu entscheiden. Ausführlicher äußerte sich der Regierungskommissar, Provinzialsteuerdirector Schomer. Er gab zunächst einen Ueberblick über die abnorme Tabakeinfuhr. Im Jahre 1877 (dem letzten normalen Jahre) betrug die Einfuhr ausländischen Tabaks vom 1. Jan. bis 30. April 341560 Ctr., 1879 in demselben Zeitraum 1,193130 Ctr., und weiter: 1877 vom 1. Jan. bis 31. Mai 421589 Ctr., 1879 in demselben Zeitraum 1,457710 Ctr. Auf Grund dieser Ziffern berechnete nachher der Abg. Richter, daß durch diese Einfuhr der normale Bedarf auf etwa anderthalb Jahre gedeckt sei. Auch die Regierung scheint die Versorgung auf nicht wesentlich über zwei Jahre zu berechnen. Von einem Borrathe für vier bis sechs Jahre, wie vielfach behauptet worden, kann jedenfalls keine Rede sein. Hr. Schomer suchte ferner das unzweifelhafte Recht der Gesetzgebung zur Anferlegung der hier in Rede stehenden Steuer festzustellen. Die angeführten Präcedenzfälle (Nachsteuer auf Spielarten, Nachsteuer in Mecklenburg etc. beim Anschluß an den Zollverein) waren freilich keineswegs von durchschlagender Wirkung. Gegen jede Nachsteuer sprachen die Abg. Richter, Witte-Rostock, Finden und Graf Galen. Theils bestritten sie das Recht zu einer solchen, theils machten sie auf deren praktische Schwierigkeiten aufmerksam. Von den vorliegenden Verbesserungsanträgen zur Vorlage ward der, welcher die Nachsteuer auf den Rohtabak beschränkt wissen wollte, von dem Regierungskommissar als unpraktisch bekämpft, weil der Rohtabak alsbald in Rauchtabak verwandelt und die Nachsteuer umgangen werden könne. Am wenigsten aber wollte derselbe von einer Oeringerbelastung des inländischen Tabaks bei der Nachsteuer, gegenüber dem ausländischen, etwas wissen, zog daher den Antrag von Schmid dem Antrag Vahl vor. Morgen wird es wol zur Abstimmung kommen.

raumes beschafft und das Orchester und die Solisten im Vordergrunde postirt, während die Plätze für die Chorsänger sich nach dem Hintergrunde der Bühne zu terrassenförmig erhoben.

Der Erfolg des Werkes war nun auch, diesen günstigen äußern Bedingungen entsprechend, ein gewaltiger, die Zuhörerschaft ergreifend, fortreißend. Wir sind selten Zeuge eines so unmittelbar aus dem Herzen kommenden, so stürmisch hervorbrechenden Jubels der Zuhörerschaft gewesen, wie er am Schlusse der Symphonie laut wurde, einer solchen noch lange anhaltenden allgemeinen tiefen Erregung. In der That dürfte die Neunte Symphonie als Ganzes selten in solcher Vollendung zur Darstellung gekommen sein wie diesmal. Alle Mitwirkenden schienen sich der außerordentlichen Verhältnisse, unter denen die Ausführung des Werkes stattfand, bewußt und vom Gefühl einer ungewöhnlichen Verantwortlichkeit durchdrungen zu sein, so daß sie alle ihr Bestes gaben. Kaum ein Flecken trübte die herrliche Leistung des Orchesters; die mancherlei schwierigen Stellen insbesondere, die die Symphonie einzelnen Instrumenten bietet, kamen durch die Vertreter derselben, die Herren Genysch (Clarinete), Hinkel (Oboe) und Gumpert (Horn), makellos zu Gehör. Die Leistung des Chores zeichnete sich durch Bestimmtheit und Festigkeit der rhythmischen Gliederung, natürlich ausdrucksvolle Phrasirung, Reinheit, Kraft und Glanz in der Wiedergabe der höhern Töne und fortreißend schwingvollen Vortrag aus. Auch die Soli kamen vortrefflich zur Geltung durch die Damen Schreiber und Löwy und die Herren Bär und Schelper, welchem letztern die schwierige Ausführung der Worte

„und freudenvollern“ in Einem Athem vollkommen mühelos gelang. Für den Vortrag der Worte: „Froh wie seine Sonnen fliegen“, besigt Hr. Bär allerdings nicht den erforderlichen vollen heroischen Stimmklang, doch leistete er im Ensemble Treffliches. Die schwierige Sopranpartie brachte Fr. Schreiber klar und sicher künstlerisch fertig zu Gehör. Daß ein Hauptverdienst an dem so glänzenden Gelingen des Ganzen Kapellmeister Sucher zukommt, braucht kaum ausdrücklich erwähnt zu werden. Er löste dem Ganzen Leben und Geist ein und ließ auf manche Stellen des Werkes nach dem Vorgange Richard Wagner's ein für den großen Theil des Publicums ganz neues Licht fallen. Unter anderm erhielten die Instrumentalbeg-Recitative die für das natürliche Gefühl des Zuhauers allerdings ihnen unbedingt zukommende leidenschaftliche Färbung.

Angefihts des gewaltigen Eindruckes, den die Beethoven'sche Schöpfung auf das Publikum ausübte, drängt sich uns die Frage auf, ob nicht auf irgendeine Weise eine regelmäßige Wiederkehr der Aufführung derselben mit einer großen Chormasse für ein größeres Publikum gesichert werden könnte. Bezüglich der Bach'schen „Mattäus-Passion“ ist eine solche Einrichtung schon seit langem getrossen; die Neunte Symphonie ist aber wahrlich nicht minder würdig, auf ähnliche Weise Gemeingut des Volkes zu werden. Auch in dieser Musik lebt „bei aller Weltlichkeit die tiefste Religiosität“. „Keiner ist der That des Stifiers des Christenthums an Hoheit so nahe gekommen, keiner hat diese weltumfassende Liebe selbstschöpferisch auf neue so auszusprechen vermocht“ (Brendel, „Geschichte der Musik“). So erfreulich die vielfachen Bestrebungen

um die Verbreitung von „Volksebildung“ sind, so sollte man es doch für nicht minder wichtig halten, durch Veranstaltungen wie die bezeichnete auch die Herzensbildung des Volkes zu befördern. Man unterschätze nicht den Einfluß der Musik, und die hohe ethische Bedeutung gerade der Beethoven'schen Schöpfungen ist auch von Culturhistorikern anerkannt worden. Möge diese Anregung auf fruchtbaren Boden fallen!

Um unsern Bericht zu vervollständigen, erwähnen wir noch, daß dem Kapellmeister Sucher nach Schluß des Concerts vom Publikum reiche nicht enden wollende Oationen, denen sich auch das Orchester mit einem Lusch anschloß, dargebracht wurden.

In Wien wurde dieser Tage ein Sicherheitswachtmann wegen Taschendiebstahls verhaftet. Er wurde nach beendeter Fronleichnamsp procession auf der Wieden, in der Paulanerkirche, in dem Augenblicke festgenommen, als er einer Frau aus der Tasche ihres Kleides eine Börse mit 7 fl. stehlen wollte. Der Angehaltene, welcher Civilkoffertrug, wurde einem Verhöre unterzogen und gestand, daß er Franz Joch heiße, Sicherheitswachtmann und derzeit als Telegraphist dem Polizeicommissariat in der Josephstadt zugeweiht sei. Den verführten Taschendiebstahl konnte er nicht in Abrede stellen und entschuldigte die That damit, daß er sich in drückender Noth befinde. Bei der Wiener Polizei hat dieser Vorfall einen außerordentlich deprimirenden Eindruck hervorgerufen. Die Ausschließung Joch's aus dem Polizeicorps wurde sofort beschlossen.

Die Dorfbewohner in Ebbesack (Schleswig) haben höhern Orts über ihren Pastor Beschwerde eingereicht, weil er einen Storch erschossen hat.

Die Zolltarifcommission beriet, in ihrer gestrigen Abend Sitzung die Posten Desguarrens u. zu Ende. Ans Litt. d wurde Hartweil angegriffen und für zollfrei erklärt. Wasserglas erhielt einen Zoll von 1 M. statt der 3 M. der Regierungsvorlage. Im übrigen wurde der Satz von 3 M. angenommen. Desgleichen die noch folgenden Abtheilungen entsprechend der Regierungsvorlage. Heute trat die Commission dem gestern bereits mitgetheilten Beschlusse gemäß in die Berathung der aus Pos. 25 (Material- und Spezerei, auch Conditorwaaren und andere Consumtibilien) vortweggenommenen Abtheilungen ein. Für c (Hefe aller Art, mit Ausnahme der Weibehfe) wurde der Zollsatz der Vorlage von 42 M. angenommen; ebenso bei d (Essig) der Satz von 8 M. für Essig in Fässern und von 48 M. für Essig in Flaschen. Zu k (gefalgene Heringe) war ein Antrag auf Beibehaltung des bisherigen Satzes von 1 M. pro Tonne eingebracht; derselbe wurde abgelehnt und der Regierungssatz von 3 M. angenommen. Das Gleiche geschah mit dem Satz von 100 M. für n (Caviar) und von 60 M. für p 1 (Confituren, Chocolate, eingemachte Früchte, Gewürze u.). Bei g 1 (Kraut- und Mehl u.) wurde ein Antrag auf Ermäßigung des Stützholzes von 6 M. auf 5 M. abgelehnt und der Regierungssatz von 6 M. angenommen. Ebenso bei r (Schalthiere) der Satz von 24 M., bei s (Reis) der Satz von 4 M. Ein Antrag auf Beibehaltung des bisherigen Reichzolles wurde abgelehnt; ebenso ein Antrag auf Freilassung von zur Stärkefabrikation bestimmten Reis. Dieser soll entsprechend der Regierungsvorlage einen Zoll von 1 M. 20 Pf. zahlen. Von verschiedenen Seiten wurde aber die Erwartung ausgesprochen, daß dieser Zoll bei dem Export von Stärke zurückgelassen werden würde.

Die Brauksteuercommission des Reichstages hat die Regierungsvorlage in erster Lesung erledigt und dann beschlossen, in die zweite Lesung erst einzutreten, wenn die von der Tarifcommission ebdort aufgestellte der Regierung über den finanziellen Beitrag der Schutzzölle einerseits und das durch Vermehrung der Reichseinnahmen zu deckende Bedürfnis andererseits vorliegen wird.

Der Volks-Zeitung wird geschrieben: „In parlamentarischen Kreisen unterhält man sich jetzt ausschließlich über die Vorgänge, die sich hinter den Couffissen des Reichstages abspielen. Der leitende Führer der Verhandlungen über die Bewilligung der Finanzzölle in Verbindung mit den Schutzzöllen ist kein anderer als Hr. v. Bennigsen, der in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit dem Reichskanzler und den Führern der conservativen Gruppen gehabt hat. Charakteristisch ist, daß der linke, freihändlerische Flügel der national-liberalen Fraction gar keine Kenntnis von den von Hr. v. Bennigsen gepflogenen Verhandlungen hat. Mit einem mal liegt der Schwerpunkt der Situation wiederum bei der Mehrheit der National-liberalen, die der Führung Bennigsen's folgt und unzweifelhaft sich für die Bewilligung der Finanz- und Schutzzölle bei der Schlussabstimmung über den Tarif entscheiden wird. Der Reichskanzler hat die Verhandlungen mit dieser Mehrheit der national-liberalen Fraction aufnehmen müssen, da das Centrum sich auf das nachdrücklichste gegen die Bewilligung der im Tarif vorgesehenen Finanzzölle erklärt hat. Man sieht daraus, wie rasch bei uns jetzt die Majoritäten wechseln. Nach einer aufgestellten approximativen Berechnung dürfte für den Tarif, d. h. für die Finanz- und Schutzzölle, auch ohne das Centrum eine Majorität sich finden lassen, da man darauf rechnet, daß außer den beiden conservativen Gruppen fast zwei Drittel der National-liberalen, ferner die Elsas-Lotharinger und eine Anzahl Wähler für den Tarif stimmen würden.“ Wie weit diese Mittheilungen richtig sind, bleibt abzuwarten; für unwahrscheinlich halten wir die Sache nicht, und jedenfalls wäre eine Wendung, welche wieder eine Mehrheitsbildung ohne das Centrum ermöglichte, nur auf das freudigste zu begrüßen.

Die Berliner Zeitung schreibt, Obiges bestätigend: Ueber die Finanzzölle haben in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und hervorragenden Mitgliedern des Reichstages stattgefunden, zu denen niemand vom Centrum zugezogen war. Die parlamentarischen Sonnabendforträte des Reichskanzlers, an welchen schon so mancher Compromiß vorbereitet worden, haben jetzt intimen Diners im Palais des Kanzlers Platz gemacht. Man erzählt sich, daß in den letzten Tagen mehrere solcher Diners stattgefunden, und daß nach dem Diner stundenlang über die politischen Tagesfragen conversirt worden sei. Die dazu eingeladenen gewesenen Abgeordneten bewahren darüber natürlich striktes Schweigen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Reichskanzler bei dem Galadiner im Weißen Saal am 12. Juni eine längere Unterredung mit zwei hervorragenden Führern der Freihändlerpartei aus den Reihen der National-liberalen hatte.

Ähnlich meldet die Vossische Zeitung: Immer mehr stellt es sich heraus, daß der Schwerpunkt der Entscheidung bei der Führung Bennigsen's folgenden Mehrheit der National-liberalen liegt. Bennigsen hatte in den letzten Tagen wiederholte Besprechungen mit dem

Reichskanzler, und will man wissen, daß bei der Schlussabstimmung über den Tarif, also über die Schutz- und Finanzzölle, zusammen fast zwei Drittel der National-liberalen für den Tarif votiren werden. Bei einem solchen Stimmenverhältniß würde alles Können der beiden conservativen Gruppen, der Elsas-Lotharinger, einer Anzahl Wähler, wie Löwe, Berger u., ohne die Unterstützung des Centrums der Reichskanzler gewonnenes Spiel haben. Das Centrum scheint ernstlich gewillt zu sein, die Finanzzölle in der vorgeschlagenen Höhe nicht zu bewilligen.

Die Neue Preussische Zeitung bemerkt: „Nach Zeitungsnachrichten haben in neuerer Zeit mehrfach Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und dem Abg. v. Bennigsen stattgefunden. Letzterer hat auch mit dem Abg. Vicepräsidenten Frhrn. zu Franckenstein conferirt. Rabe liegt wol die Vermuthung, daß es sich bei diesen Besprechungen um die Frage der constitutionellen, beziehentlich föderativen Garantien gehandelt haben wird.“

Die Germania ihrerseits sagt über die Stellung des Centrums zu den Finanzzöllen: „Die liberalere Presse befindet sich in großem Irrthum, wenn sie glaubt, daß das Centrum jeden Preis anbieten werde, um für die Finanzzölle unentbehrlich zu sein. Wenn die Regierung die Garantien verweigern zu müssen glaubt und die National-liberalen in lautschriftlicher Schärfe sich vor dem höhern Willen beugen, wird das Centrum gegenüber den neuen Erfolgen des national-liberalen Mannesmuthes neidlos bleiben und den National-liberalen den Rühm und die Ehre, unter Preisgebung der Rechte und der Interessen des Volkes das Land zu belassen, gern überlassen.“

Der Neuen-Frankfurter Presse schreibt man aus Berlin vom 16. Juni: „In Sachen der constitutionellen Garantien hat zwischen dem Herren v. Bennigsen, Windthorst und Frhrn. zu Franckenstein eine Besprechung stattgefunden, welche ohne Resultat verblieben ist. Etwas anderes war auch wol kaum bei den weitaneinandergehenden Ansichten zu erwarten. Die Conferenz erlangt um so mehr Bedeutung, als Hr. v. Bennigsen in der letzten Woche mehrfach mit dem Reichskanzler conferirte, wobei ohne Zweifel jene Fragen zur Erörterung gekommen sind.“

Aus Berlin vom 17. Juni wird der Magdeburger Zeitung berichtet: „Der Bundesrath hielt heute Nachmittag um 2 Uhr eine Plenarsitzung im Reichstagsgebäude unter Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Nach den einleitenden Geschäften wurde die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen aus Rußland beschlossen. Vorlagen betreffend die Ergebnisse des Peterburgergeschäfts für 1878, den Entwurf eines Gesetzes wegen des Baues von Eisenbahnen von Teterchen nach Didenhofen u., den Entwurf eines Gesetzes für Elsas-Lothringen wegen Ausführung der Civilproceß-, Concurs- und Strafproceßordnung wurden den Ausschüssen überwiesen, ebenso der Bericht der Enquetecommission zur Prüfung der Frage der Steuerfreiheit des zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus. Man wandte sich demnach der Besetzung erledigter Stellen bei den Disciplinarkammern zu und kam dann zur Beschlussfassung über den Antrag des Ausschusses für das Eisenbahngütertarifwesen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen. Dieser Antrag rief eine mehr als dreistündige Debatte hervor, deren Angelpunkt die Befassungsfrage bildete. Württemberg, Sachsen und Baiern sahen in dem Gesetze die Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung, während Preußen und die kleineren Bundesstaaten dieser Anschauung widersprachen. Der preussische Standpunkt wurde mit besonderer Wärme von dem Generalpostmeister Stephan, dem Handelsminister Maybach und dem Staatsminister Hofmann vertreten. Schließlich einigte man sich dahin, die Frage, ob eine Verfassungsänderung durch die §§. 2 und 4 des Entwurfs vorliege, und also Zweidrittel-Majorität platzzugreifen habe, dem Verfassungsausschusse zu weiterer Prüfung zu überweisen und davon die Entscheidung abhängig zu machen, sobald also ein definitiver Beschluß noch aussteht. Das Gesetz wegen Sicherung der brennischen Zollencaden wird angenommen.“

Die National-Zeitung bringt einen längern Artikel: „Die Vermehrung der Reichseinnahmen“, aus dem hervorzugehen scheint, daß gegenwärtig die Mehrheit der national-liberalen Fraction einer Bewilligung der Finanzzölle — selbst über das „Maß des Bedürfnisses des Reichs hinaus“ sich geneigt erweist. So sagt sie: „Sehen wir von der Form ab, auf welche die jetzt leitende Partei die Politik des Deutschen Reiches gebracht hat, so können wir Vorschläge, welche die Sicherung der Verwendung der Ueberschüsse zur Steuerentlastung in den Einzelstaaten bezwecken, nur mit Interesse entgegensehen; die periodische Bewilligung einzelner Zölle ist von der liberalen Presse schon vorläufig als ein erwägenswerther Gedanke betrachtet worden. Wenn dagegen der Fortbestand der Matricularumlagen, den die Germania betont, so viel heißen soll, daß die vermehrten Einnahmen den Einzelstaaten überwiesen werden sollen und das Reich nach wie vor Rossigänger bei ihnen bleiben soll, so geht das

gegen die Reichsverfassung. Wir hatten einen solchen Vorschlag nicht für acceptabel.“ Schließlich sagt sie: „Bei der unglücklichen Complicirtheit der ganzen Angelegenheit ist es leicht verständlich, daß feste Stellungen im Reichstage überhaupt noch nicht gewonnen sind und für die verschiedenartigsten Combinationen ein breiter Spielraum herrscht.“

Die Interpellation der Abg. Delbrück, Baumberger und Harriet in Bezug auf die Währungsgebung ist von folgenden Motiven begleitet:

Die seit einiger Zeit wiederkehrenden Nachrichten, welche der Reichsregierung die Absicht des Ueberganges zur Doppelwährung oder zur Silberwährung unterlegen, haben in letzter Zeit durch Meldungen aus England eine Form angenommen, welche mit Rücksicht auf die Bedeutung der Frage für das gesammte Wirtschaftsleben der Nation zu der Ueberzeugung bringt, daß eine Aufklärung über die Absicht der Reichsregierung nicht länger entbehrt werden kann.

Die Post berichtet unterm 17. Juni: „Der Gesamtvorstand, präsidirt durch den ersten Vicepräsidenten Frhrn. zu Franckenstein, hat einstimmig beschlossen, dem Deutschen Montags-Blatt die Eintrittskarte zur Journalistentribüne zu entziehen, in Rücksicht auf einen persönlich höchst beleidigenden Artikel gegen den ersten Präsidenten des Reichstages, Hr. v. Seydewitz, welchen jenes Blatt in seiner letzten Nummer enthielt. Durchschlagend scheint die Rücksicht gewesen zu sein, daß es sich hier nicht um die Beleidigung eines einzelnen Mitgliedes handelte, sondern um die absichtliche persönlich verletzende Verhöhnung der Person des ersten Repräsentanten des gesammten Hauses. Hr. v. Seydewitz selbst ist, dieser Auffassung entsprechend, persönlich in diesem Falle gar nicht zu Rathe gezogen worden.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung theilte dieser Tage mit, die jüngsten Unfälle, von denen die deutsche Kriegsmarine betroffen ward, hätten die Anregung zu einer Revision und Veränderung der für die Führung des Geschwaders bisher gültigen Vorschriften gegeben. Das Blatt machte sogar Angaben über diese neuen Instructionen. Wolff's Telegraphisches Bureau berichtet dem entgegen aus Berlin vom 17. Juni: „Die Veröffentlichungen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Vorschriften für die Führung eines Geschwaders haben zu verschiedenen völlig unbegründeten Auslegungen geführt. Die bezüglichen Instructionen bestehen bereits seit 1876 und haben allen Verhandlungen über den Untergang des Großen Kurfürsten zu Grunde gelegen. Einige der angeführten Bestimmungen haben freilich erst neuerdings die allerhöchste Sanction erhalten, sind jedoch in Form von Specialbefehlen ebenfalls schon vor der Katastrophe in Kraft gewesen.“

Das 13. Verzeichniß der bei dem Deutschen Reichstage eingegangenen Petitionen enthält eine Petition des Vorstandes des Börsenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig, zu beklagen, daß der Ausfuhrzoll auf Lumpen in Höhe von 8 M. per 100 Kilogramm, wie er bis zum Jahre 1873 bestanden, wiederhergestellt und daß eine besaffige Postion in den neuen Zolltarif aufgenommen werde.

Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins (einer Organisation der deutschen Buchdruckermeister) findet nächsten Sonntag, 22. Juni, in Berlin statt (vormittags 11 Uhr im Architektenvereinssaale), während die vorjährige in Hannover abgehalten wurde. Nach der Versammlung ist ein gemeinschaftliches Festessen, für den folgenden Tag eine Beschäftigung der Preussischen Staatsdruckerei und der Berliner Gewerbeausstellung beabsichtigt.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes erstreckt worden, welche unter der Aufschrift „Kühnt Euch“ zur Ausgabe gelangen.

Aus der ersten, am 9. Juni in Danzig abgehaltenen Sitzung der neunten ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, sei noch erwähnt der Beschluß über die Einrichtung öffentlicher Volksbibliotheken und die Organisation zu einem systematischen Vorgehen in dieser Richtung. Klein-Danzig motivirte folgende vier Punkte, welche er der Versammlung als Material für die Discussion unterbreitete:

- 1) Die Einrichtung von öffentlichen Volks- und Jugendsbibliotheken ist als eine der dringlichsten Anforderungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens in den Städten sowohl wie auf dem platten Lande allgemein anzusehen.
- 2) Zur Mitwirkung hierbei sind nicht nur Vereine und Gesellschaften von volkserzieherischer Tendenz berufen, sondern auch die örtlichen Gemeinden, die kommunalen Verbände und endlich der Staat haben ein dringendes Interesse daran; für die Schaffung und Ausbreitung solcher Bibliotheken fördernd und material unterstützend einzutreten.
- 3) Es ist demgemäß anzunehmen, daß a) seitens der staatlichen Factoren durch Bereitstellung der Mittel für Subventionirung von Volks- (beziehungsweise Schul-) Bibliotheken in ähnlicher Weise, wie dies bei den Fortbildungsschulen geschieht; b) seitens der freiwilligen Gemeinden und kommunalen Verbände entweder durch selbständige Einrichtungen oder durch Vergabe von Localen und Uebernahme eines der Staatshilfs entprechenden Zuschusses auf das

General...  
Interesse...  
4) Die...  
darf...  
sich...  
den...  
über...  
Die...  
General...  
Satzung...  
Schätze...  
erläuterte...  
lichten...  
stand...  
ver...  
wie...  
zu...  
zum...  
Groß...  
Antrag...  
gemäß...  
der...  
nung...  
folgte...  
die...  
noch...  
heit...  
gesch...  
Frei...  
die...  
vormittag...  
die...  
Dom...  
sich...  
Anstalt...  
der...  
angehört...  
Adjuncten...  
Arz...  
halten...  
sowie...  
ang...  
Meine...  
der...  
aller...  
erst...  
am...  
se...  
bisher...  
Leben...  
ist...  
es...  
ist...  
durch...  
die...  
jetzigen...  
großen...  
aller...  
nichts...  
alle...  
meine...  
zeugung...  
Bater...  
wir...  
alle...  
wie...  
ih...  
wirklich...  
den...  
Wissen...  
dein...  
wer...  
mit...  
offenen...  
freuliche...  
empfangen...  
Wirklichkeit...  
Menge...  
werden...  
gelegt...  
Sohnes...  
in...  
sein...  
auf...  
Wenn...  
Sinn...  
feiner...  
Der...  
Staats...  
Frhrn...  
An...  
weiter...  
nungen...  
Der...  
Warp...  
dessen...  
zu...  
schämen...  
led...  
sein...  
Plumpen...  
Wichtig...  
gleich...  
den...  
rät...  
dass...  
erfahren...  
Voll...  
Date...  
sodas...  
melte...  
Emp...  
fle...  
andere...  
nach...  
Hause...  
District...  
dass...  
die...  
b. Stab...  
b. Stab...

Systematisch gefördert werde, und daß für diese Angelegenheit der geistigen und wissenschaftlichen Volkswohlfahrt das Interesse aller einsichtigen Bürger und gemeinnützigen Gesellschaften gewacht und dauernd lebendig erhalten werde. 4) Die Organisation für Einrichtung von Volksbibliotheken wolle in den Städten am zweckmäßigsten an schon bestehende der Volksbildungsstätte gewidmete Institutionen sich anschließen. Auf dem platten Lande, wo es an solchen Institutionen fehle, dürften sich ein Zusammenwirken mit den landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften, ferner die Auslehnung der Organisation an die Amtsbezirke oder Schul- und Kirchspielgemeinden empfehlen.

Die Thesen wurden einstimmig angenommen. Der Generalsekretär Bippert erstattete am zweiten Verhandlungstage (10. Juni) Rechnungsbericht in Vertretung des Geschäftsführers der Gesellschaft, Dr. Hammacher, und erläuterte dabei kurz den durch den Druck veröffentlichten Bericht der Gesellschaft. Für den letzten Gegenstand der Tagesordnung: „Wie sind Fortbildungsvereine auf dem platten Lande zu organisieren, um diesen und deren Einrichtungen einen festen Bestand zu geben“, wurden keine Thesen aufgestellt, da der zum Referenten bestimmt gewesene Hr. v. Wussow auf Groß-Peterwitz verhindert war zu erscheinen. Auf Antrag der Herren Köstel und Genfel wurde demgemäß von einem sachlichen Beschluß abgesehen, aber der Vorstand ersucht, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. Es erfolgte hierauf die Reinschrift des Centralauschusses für die nächsten drei Jahre, und wurde dann, da zwei noch in Aussicht genommene Referate wegen Abwesenheit der Referenten ausfallen mußten, die Versammlung geschlossen.

Preußen. Aus Berlin vom 17. Juni berichtet die Neue Preussische Zeitung: „Heute um 11 Uhr vormittags erschienen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin in der festlich geschmückten Kapelle des Domcandidatenstiftes, um an der gottesdienstlichen Feier des fünfundsanzwanzigjährigen Jubiläums der Anstalt theilzunehmen. Gelegentlich der Vorstellung der Geistlichen, welche vor längerer Zeit dem Stifte angehöret hatten, der Domcandidaten, Inspector und Abjuncten, schließlich derjenigen Geistlichen, welche vor kürzerer Zeit in dem Stifte ihre Bildung erhalten hatten, richtete der Kaiser folgende Worte an dieselben, sowie an die Hofprediger und den Dekan der theologischen Facultät Dr. Weiß:

Meine Herren! Das Wort, welches Sie soeben von der Kanzel gehört haben, möge, so ist es mein Wunsch, in aller Herzen Raum und Gehalt gewinnen. Es ist ja das erste mal, daß ich diese Stätte und diese Kapelle, die Stiftung meines seligen Bruders, beträte, und freue mich, daß sie bisher ihre Bestimmung völlig erfüllt. Wenn etwas im Leben und Treiben der jetzigen Welt Halt geben kann, so ist es der alleinige Grund, welcher in Jesu Christo gelegt ist. Lassen Sie sich daher nicht irremachen, meine Herren, durch die Strömung, welche durch die Welt, besonders in jetzigen Tagen hindurchgeht, und schließen Sie sich nicht der großen Menge an, welche die Bibel entweder ganz als alleinige Quelle der Wahrheit außer Acht lassen oder sich wenigstens nach ihrem Sinne fälschlich aneignen. Sie wissen alle, meine Herren, daß ich aus voller und freier Ueberzeugung der positiven Union angehöre, welche mein seliger Vater gestiftet hat. Der Grund und Fels, an dem ich und wir alle uns halten müssen, ist der unverfälschte Glaube, wie ihn die Bibel uns lehret! (Hier erhob Sr. Maj. nachdrücklich die Hand.) Es gibt ja viele, welche nicht ganz denselben Weg einschlagen; jeder handelt ja nach bestem Wissen und Gewissen und richtet danach sein Thun, Handeln und Wollen ein. Ich achte, ehre und dulde sie; aber wer auch in diesem Bund eintreten will, er wird jederzeit mit offenen Armen empfangen werden. Es ist ja eine erfreuliche Anzahl von solchen, die jetzt ihre Bildung hier empfangen und bald ins öffentliche Leben und öffentliche Wirksamkeit übertreten wollen, wie andererseits auch eine Menge älterer, welche in früherer Zeit bereits herangebildet worden sind. Möge Ihnen allen der heutige Tag dazu geeignet sein, die Erkenntniß Gottes und seines eingeborenen Sohnes Jesu Christi als die einzige Quelle wahren Heiles in Ihnen zu fördern. Es kann ja ein jeder handeln, wie sein Gewissen ihm sagt, aber alle müssen doch aufbauen auf dem einen Grund der Bibel und des Evangeliums. Wenn das nur geschieht, so werden Sie alle eine geeignete öffentliche Wirksamkeit entfalten können, ein jeder nach seiner Art.

Der Staats-Anzeiger meldet die Erhebung des Staatsministers und Ministers des königlichen Hauses Frhn. v. Schleich in den Grafenstand.

Aus Posen vom 16. Juni berichtet die Posener Zeitung über angebliche Muttergotteserscheinungen bei Gostyn:

Der Wänderwädel, der nach den Vorwissen von Warzinger und Dietrichswalde bereits abgethan schon und dessen sich in letzter Zeit sogar die ultramontanen Wänter zu schämen anfangen, hat noch einmal in unserer Provinz sein Haupt erhoben, und zwar in einer so handgreiflich plumpen Weise, daß man sich nur über die Blindheit der leichtgläubigen Massen wundern kann, die sich durch veralteten kindischen Aberglauben lassen. In der Gegend von Gostyn verbreitete sich am Fronleichnamstage das Gerücht, daß die Mutter Gottes auf einer Pappel in Jalesie erschienen sei, und sofort strömte auch die gesammte Bevölkerung der umliegenden Dörfer nach dem benachbarten Orte; so daß sich eine Menge von 2-3000 Köpfen ansammelte. Einzelne Leute stürzten auf die Pappel und küßten sie, andere schnitten die Rinde ab, um sie als wunderthätig nach Hause zu bringen. Infolge der darauf von dem Districtscommissar angeordneten Vernehmungen ergab sich, daß die eifrigste Tochter eines von dem Gostyn'schen Stablenwerk entlassenen arbeitstüchtigen Individuums die

angeblichen Visionen gehabt haben wollte und einen Wunsch an der Pappel für die Mutter Gottes gehalten hatte. Der Propst Kofinski, welcher mittlerweile an dem „Quadenorte“ erschien, suchte die Menge vergeblich zum Nachhausegehen zu bewegen. Ebenso wenig gelang es dem Districtscommissar sowie den ihm assistirenden Genarbarinen, die „Ardächtigen“ zum Verlassen des Ortes zu bewegen. Zum Glück sandte der Himmel einen stürmischen Regenguß, der die wunderthätige Menge durchwühlte und schließlich auseinandertrieb.

Italien.

Wie bereits mitgeteilt, hatte in der italienischen Deputirtenkammer gelegentlich der Eisenbahn von Nizza nach Coni der Deputirte Biancheri geäußert, Nizza sei noch immer eine italienische Stadt, und der Minister Depretis hatte sich ähnlich ausgesprochen. Jetzt wird berichtet, Dr. Depretis habe sogar wörtlich geäußert, daß trotz der betrübenden Umstände, welche Nizza von Italien getrennt hätten, Nizza nicht aufgehört habe, zur italienischen Familie zu gehören. Diese Worte hätten, wird weiter berichtet, in Paris großen Anstoß erregt und der französische Gesandte in Rom, Hr. de Roalles, habe auf Veranlassung des Ministers Waddington mit Hr. Depretis deshalb eine Unterredung gehabt, in welcher aber der letztere die befriedigendsten Erklärungen gegeben habe.

Frankreich.

\* Paris, 16. Juni. Die Deputirtenkammer begann heute die Berathung des Gesetzentwurfes über den höhern Unterricht. Paul de Cassagnac eröffnete die Verhandlungen mit äußerst heftigen Ausfällen gegen die Rebe, die der Unterrichtsminister Ferry in Epinal hielt, nahm dann auf Verlangen des Präsidenten Gambetta zwar mehrere beleidigende Ausdrücke gegen die Minister zurück, fügte aber sofort hinzu, der Minister entfessele die Verleumdung, schiebe seinen Gegnern falsche Absichten unter und fälsche den Text. Gambetta bemerkt: „Es ist unmöglich, in solche Debatten mit so wenig parlamentarischer Sprache einzutreten.“ Cassagnac beugt sich, wie er versichert, vor der Gewalt des Präsidenten, aber er will nicht verhehlen, daß nicht die Katholiken den Wortlaut von Actenstücken fälschten, und daß eine Regierung, in deren Kreise sich ein Girard (Unterstaatssecretär) befindet, nicht das Recht habe, von Fälschung zu sprechen. (Heftige Aufregung auf der Linken.) Gambetta erklärt, diese Worte enthielten eine Beleidigung gegen die Regierung, und spricht gegen Cassagnac die Censur mit zeitweiligem Ausschlusse aus. Das linke Centrum rauf Beifall. Es erhebt sich eine heftige Aufregung; die Deputirten springen von ihren Sitzen auf. Darin wirft den Ministern Feigheit vor. Tirard, der Minister für Ackerbau und Handel, erhebt sich drohend; man reißt Tirard zurück; es folgt ein Gezerre und ein Lärm, der mit Worten nicht zu beschreiben ist. Während des Tumults stiegen sämtliche Deputirte vom Halbkreise herab. Mehrere Mitglieder der Kammer stürzen auf die Ministerbank los. Der Minister Tirard erhebt sich muthig. Darin ruft ihm zu: „Ja, Feigling!“ Tirard ruft: „Nehmen Sie sich in Acht, ich werde Sie ohrfeigen!“ Die Deputirten der Linken werfen sich dazwischen; Deputirte der Linken und Deputirte der Rechten werden handgemein. Der Kammerpräsident bedeckt sein Haupt und sagt: „Art. 10 der Geschäftsordnung zieht die Kammer sich auf eine Stunde in ihre Bureau zurück; die Tribünen werden geräumt werden.“ Die Sitzung wird um 3 1/4 Uhr aufgehoben. Gambetta verläßt den Sitzungssaal. Ungeheure Aufregung. Die heftigen Auftritte dauern auch nach Unterbrechung der Sitzung noch fort.

Die Sitzung der Kammer wurde um 4 1/2 Uhr wieder eröffnet. Der Präsident fordert die Deputirten auf, daß sie auf ihrem Sitze bleiben und nicht Polizei machen möchten. Hierauf erhält Cassagnac das Wort, um sich über die Censur auszulassen. Cassagnac erklärt, seine Worte seien nicht richtig verstanden worden, er habe die Regierung nicht angegriffen, sondern bloß Girard, es sei daher bloß eine einfache Censur anwendbar. Der Präsident bemerkt: „Alle Berichte beweisen das Gegentheil!“ Rouher nimmt das Wort zu Gunsten der Redefreiheit auf der Tribüne. Der Präsident entgegnet: „Die Freiheit der Tribüne steht nicht in Frage; es handelt sich um Achtung vor der Leitung der Kammer.“ Nach einigen andern Bemerkungen gibt der Präsident wieder Cassagnac das Wort, vor-erklärt, er nehme seine Worte zurück; weil es sich aber um die Vertheidigung der religiösen Freiheit handle, würden seine Freunde ihm dieses Opfer verzeihen. Die Kammer nimmt jedoch diese Entschuldigungen nicht an, sondern spricht gegen Cassagnac die Censur mit zeitweiliger Ausschließung aus. Der Präsident fordert Cassagnac auf, von der Tribüne herabzuspringen. Cassagnac äußert, er wende auf die ganze Regierung die Worte, die er gegen Girard gesprochen, an: „Die Regierung ist eine infame Regierung.“ Der Kammerpräsident: „Bis jetzt an werden die Worte, welche Cassagnac ausgesprochen wird, als Vergehen gegen das gemeine Recht betrachtet und dem Procurator der Republik angezeigt werden.“ Die Sitzung ward um 4 1/4 Uhr wieder aufgehoben und um 5 1/2 Uhr

von neuem eröffnet. Pareschewanow beantragt wegen der Aufregung Vertagung der Berathung über das Unterrichtsgezet bis nach dem Zusammentritt des Congresses. Der Präsident verlangt dagegen Vertagung der Discussion bis morgen, da der Tag der Congresssitzung noch nicht festgesetzt sei. Morgen hält die Kammer wieder öffentliche Sitzung.

Rußland.

Wie die „Presse“ hört, wäre vor kurzem den Mächten eine Circularnote Rußlands übergeben worden, in welcher lebhaft Klage geführt werde über die Haltung der Pforte in der Frage der montenegrinischen Grenzregulierung.

Türkei.

□ Konstantinopel, 31. Mai. Nachdem die ostrumelischen Angelegenheiten einstweilen als beglichen erscheinen, ist es nun neuerdings die Frage über die „unmittelbare“ Besetzung des Sandschaks von Novibazar durch österreichisch-ungarische Truppen und die andere über die griechisch-türkische Grenzrectification, welche breit und anspruchsvoll sich im Vordergrund des Tagesinteresses befinden, ohne daß man anzugeben wüßte, ob sie der endlichen Entscheidung entgegengehen. — Auch die ägyptische Verwicklung wird hier wiederum mehrfach besprochen, indeß immerhin doch nicht durch die Localpresse, die im Gegentheil nach wie vor in dieser Hinsicht durch ein strenges Verbot gebunden ist. Ob der Kheive wirklich hierher kommen wäre, in Konstantinopel eintreffen dürfte — darüber besteht augenscheinlich noch keine volle Gemisheit. Der schlaue Ismail-Pascha wird selbstredend Ägypten nicht eher verlassen, bevor er sich nicht im Besitz der höchsten Versicherungen darüber befindet, daß er für sein Verbleiben auf dem Throne nichts zu fürchten hat. Denn, wenn seine Absetzung wirklich beabsichtigt würde, wäre sie augenscheinlich durch seine Anwesenheit in der osmanischen Hauptstadt wesentlich erleichtert und zu der Sache eines einzigen Federstrichs gemacht! — Man hat von Rüstungen geredet, die türkischerseits für den Fall eines Conflicts mit Griechenland betrieben würden. Im Grunde genommen ist diese Nachricht unbegründet. Die Truppen, welche seit längerer Zeit an der griechischen Nordgrenze von der Pforte aufgestellt wurden, sind nur durch einige von der montenegrinischen Grenze herangezogene Bataillone verstärkt worden. Auch wurden Munitionsendungen von hier aus nach Solo und Prevesa gemacht. Im ganzen verdienen diese Vorbereitungen indeß nicht den Namen von Rüstungen, den man ihnen gegeben hat. In hiesigen leitenden Kreisen glaubt man allem Anschein nach nicht daran, daß Griechenland die Dinge werde zum Äußersten bringen wollen, und man mißt andererseits dem französischen Einflusse in Athen ein ausreichendes Gewicht bei, um versichert sein zu dürfen, daß er einen Bruch hindern werde, auch wenn er durch Hellas beabsichtigt werden sollte. — Das durch England befrwortete Reformwerk liegt noch ganz im Dunkeln. Daneben wird es zunehmend gewisser, daß auf eine demnächst abzuschließende Anleihe irgendwelcher ernste Aussichten nicht vorhanden sind. Allerdings vergeht kaum eine Woche, wo nicht in der hiesigen Localpresse ein neues verartiges Finanzproject auftaucht; allein auch das große Publikum wird dadurch nicht mehr getäuscht; die Zeit der diesbezüglichen Illusionen ist definitiv vorüber und man beginnt bereits die Nothwendigkeit für die Türkei zu discutiren, sich an ihren eigenen Hülfsmitteln genügen zu lassen. Unter solchen Umständen hat die Einführung von durchgreifenden Neuerungen vorerst nur wenig Aussicht.

Königreich Sachsen.

\* Leipzig, 18. Juni. Ueber den jüngsten Aufenthalt Sr. Maj. des Königs in unserer Stadt entnehmen wir den Leipziger Nachrichten noch Folgendes: Der König, der mit seinem ganzen Gefolge am Montag der Vorstellung von „Madame Favart“ im neuen Theater in sichtlich heiterster Stimmung beiwohnte, geruhte am Schluß derselben dem Operndirector Reumann, welcher Sr. Maj. für die dem Institut verliehene Huld und Gnade gedankt hatte, in Gegenwart des Oberbürgermeisters Georgi allerhöchste Anerkennung über die gelungene und interessante Aufführung und insbesondere über die glänzende Leistung der Frau Marie Geisinger auszusprechen. Der dem Verlassen des Theaters ereignete sich noch eine recht hübsche Scene. An der Treppe trat dem Könige ein kleines, blondköpfiges Mädchen entgegen, machte einen Knicks und präsentirte ihm aus eigenem Antriebe ein Rosenbouquetchen; der König, ganz überrascht, nahm es freudlich lächelnd in Empfang und dankte dem Kinde, das ganz beglückt ob dieser Heldenthats davonlief. Von dem Besuche des Königs im alten Schützenhause tragen wir noch nach, daß Sr. Maj. sich über das Aquarium und die prächtigen Gartenanlagen sehr erfreut zeigte und Hrn. Kühnrich, dem Pächter und strebsamen Pfleger dieses Etablissements, seine hohe Vertheilung aussprach. Mit sichtlichem Wohlgefallen verweilten die Blicke des Königs auch auf der stattlichen Figur des Schützenhausinspectors Kühn, dessen ungewöhnliches Emblempoint Sr. Maj. zu der schmerzhaften Deutlichkeit veranlaßte, daß das Schützenhaus seine Rente recht gut zu



Leipziger Börse.

18. Juni.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, Warschau, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsche Anleihe 1877 v. 5000-3000', 'K.B. Renten-Anl.', and 'K.B. St.-Anl.'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Wien.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, such as 'Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor' and 'K. Russ. wicht. Imperials'.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz', 'Aussig-Teplitz', and 'Bergisch-Märkische'.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Actien) including 'Berlin-Görlitz', 'Berlin-Potsdam-Magdeburg', and 'Breslau-Schweidnitz'.

Table of bank and credit stocks (Bank- u. Credit-Actien) including 'Allg. D. Cr.-A.', 'Berl.-Disc.-Ges.', and 'Chemnitz-Bk.'.

Table of industrial and priority stocks (Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.) including 'Chemn. A.-Spinnerei', 'Crollw. Papierf.', and 'D.W.M.F. Spinnerei'.

Table of foreign funds (Ausländische Fonds) including 'Oesterr. Goldrente', 'do. Silberrente', and 'Ungar. Goldrente'.

Table of foreign railway stocks (Ausländische Eisenb.-St.-Pr.-Act.) including 'Oesterr. Nordbahn', 'Russ. Frän.-Anl.', and 'Sächs. Eisenb.'.

Table of foreign coal stocks (Ausländische Kohlen-Act. u. Prior.) including 'Friedensgrube Meuselwitz', 'Mariengrube bei Meuselwitz', and 'Prabritz Braunk.-Act.-Gesellsh.'.

Table of foreign railway stocks (Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.) including 'Altenburg-Zeitz', 'Altenburg-Klein', and 'Annaburg-Weipert'.

Table of foreign railway stocks (Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.) including 'Aussig-Teplitz I. Em.', 'do. II.', and 'Bohm. Nordbahn'.

Table of foreign coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.) including 'Friedensgrube Meuselwitz', 'Mariengrube bei Meuselwitz', and 'Prabritz Braunk.-Act.-Gesellsh.'.

Table of foreign coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.) including 'Friedensgrube Meuselwitz', 'Mariengrube bei Meuselwitz', and 'Prabritz Braunk.-Act.-Gesellsh.'.

Blut. Es gibt ein Uebel, welches mehr Opfer wie alle Kriege, Typhus, Pest, Fieber u. s. w. fordert, — das ist die Blutarmuth, — eine auffallende Krankheitserscheinung bei jehiger Generation. Ihre Ursachen liegen in der heutigen Lebensweise; zumeist bilden mangelhafte Ernährung, schlechte Wohnungen, andauernder Verdruß, Sorgen, Nachwachen, geistige und physische Ueberanstrengung die Nothe. — In dem Maße das Blut seinen Reichthum an Blutkörperchen verliert, wird es wässrig und zur Existenz unbrauchbar und es entstehen Bleichsucht, Skrofeln, Schwindel u. a. Krankheiten, welche schon so vieles Weib in manche Familie gebracht haben. — Als bestes blutbildendes Mittel von absolut rechem Werth haben sich die Eisenstropfen Bravais (Fer Bravais) erwiesen; dieselben können von dem schwächsten Magen vertragen werden, erzeugen keine Verdauung und schwächen die Zähne nicht. — Die meisten Apotheken halten Bravais-Eisens vorräthig. [1888]

Theater der Stadt Leipzig. Neues Theater. Donnerstag, 19. Juni. Belmonte und Constanze, oder: Die Entführung aus dem Serail. Oper in 3 Acten. Text nach Brechner. Musik von W. A. Mozart. (165. Abonnements-Vorstellung.) Altes Theater. Donnerstag, 19. Juni. Gastdarstellung des Herrn August Junckermann, vom Königl. Hoftheater in Stuttgart: Onkel Dräsig. Lebensbild in 5 Aufzügen. Für die Bühne eingerichtet von A. Junckermann. Buchhändler Dräsig, Herr August Junckermann.

